

Pronto-Shop an der Baslerstrasse wird sistiert

Allschwil. Lärmschutz soll überarbeitet werden

GEORG SCHMIDT

Mit dem Time-out für das Projekt für eine Tankstelle mit integriertem Pronto-Shop dürften die skeptischen Anwohner allerdings noch nicht zufriedengestellt sein.

Das genehmigungsrechtliche Verfahren für das Projekt eines Coop-Pronto-Shops an der Baslerstrasse, Höhe Marsstrasse, erlebt im Moment einen Stillstand. In einem Schreiben vom 21. Januar teilt das Baselbieter Bauinspektorat mit, «dass die Gesuchstellerin das Lärmgutachten und die Lärmschutzmassnahmen überarbeiten und der Baubewilligungsbehörde erneut vorlegen wird». Deshalb schlägt die Behörde nun vor, das Verfahren «bis auf Weiteres zu sistieren».

«Wir haben diesen Schritt in Absprache mit der Bauherrschaft beantragt», bestätigt Bauinspektor Andreas Weis den Sachverhalt. Ziel der Sistierung und Überarbeitung sei es, eine genügend grosse Reserve zu den planungsrechtlich zulässigen Lärmgrenzwerten zu erreichen, um damit ganz sicher im grünen Bereich zu sein.

LANGWIERIGER STREIT. Öffnungszeiten von morgens früh bis abends spät und dies an 365 Tagen im Jahr hatten in der Nachbarschaft die Angst vor übermässigen Lärmmissionen genährt und zu einem inzwischen lange andauernden Rechtsstreit, aber auch zu kleineren Anpassungen am Projekt geführt (die baz berichtete). Gabi Huschke, eine der Einsprecherinnen, zeigt sich in einer Stellungnahme erfreut über den nun erfolgten Zwischenentscheid: «Das gibt uns Hoffnung.» Gleichzeitig betont sie aber, dass sie selbst und auch die IG Neualschwil das Projekt weiterhin bekämpfen wollen, sollte es nur in diesem einen Punkt verbessert werden.

Jürg Kretzer, Mediensprecher von Coop Mineralöl AG, wollte sich auf Anfrage nicht äussern, weil es sich um ein laufendes Verfahren handle.

moment mal

Transparenz – mal so, mal so

GEORG SCHMIDT

Ablösungsprozesse dauern manchmal etwas länger. Peter von Arx fand nach dem Rauswurf aus der SVP-Fraktion des Allschwiler Einwohnerrats im letzten Oktober und seinem Parteiaustritt Unterschlupf bei der FDP. Für die Freisinnigen bewirbt er sich jetzt um einen Sitz im Ortsparlament. Als Bisheriger, wie auf dem Wahlplakat vermerkt ist. Die Information reichte SVP-Partei-chef Josua Studer aber nicht – fein säuberlich setzte er SVP-Kleber neben das Wörtchen «bisher». Die Aktion sei «um der Transparenz willen» geschehen, sagt Studer. Der Wähler solle wissen, dass von Arx einst... aber egal.

Nachdem die Freisinnigen tatsächlich so humorlos waren und den geständigen Studer ultimativ aufforderten, die Kleber zu entfernen, schritt der SVP-Chef eben wieder zur Tat. In der Nacht auf Montag kratzte er Kleber um Kleber wieder weg. Wir hoffen, dass der Ablösungsprozess keine allzu grossen Probleme macht, sind aber etwas erstaunt, dass dies zu nachtschlafender Stunde geschah: Sehr transparent sind die Sichtverhältnisse um diese Tageszeit bekanntlich nicht. georg.schmidt@baz.ch

glückwunsch

90. Geburtstag

ALLSCHWIL. Heute Mittwoch kann **Bernard Makowski-Walliser** im Langen Loh 68 seinen 90. Geburtstag feiern. Die Basler Zeitung gratuliert dem Jubilar und langjährigen baz-Abonnenten recht herzlich zum Geburtstag und wünscht ihm weiterhin alles Gute. gratulationen@baz.ch

Ein Ort für die boomende Kreativwirtschaft

Münchenstein. Info-Veranstaltung zum Kunstfreilager



Vision. Die wichtigsten Elemente des Kunstfreilagers, wie es 2020 aussehen soll: der hohe Kubus für die Hochschule für Gestaltung und Kunst; links davon, im heutigen Transitfreilager, sind Wohnungen geplant. Computermodell

GEORG SCHMIDT

Was die Hochschule für Gestaltung und Kunst für das neue Quartier im Kunstfreilager bewirken kann, legte ihr Direktor dar.

Die Gemeinde Münchenstein und die Christoph Merian Stiftung (CMS) haben an einer weiteren Veranstaltung über das Projekt des Kunstfreilagers informiert. Mit einem Quartierplan sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass auf dem 75 000 m² grossen Areal an der Emil-Frey-Strasse Wohnungen, Gewerbe und vor allem die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) angesiedelt werden können. Auf diesem Teil des Dreispitzes, wo heute noch Zollschlag und Logistik zu Hause sind, soll ein pulsierendes neues Quartier entstehen. CMS-Präsident Lukas Faesch sprach vom einem «überschaubaren Projekt, das die weitere Entwicklung im Dreispitz vorzeichnen soll», Gemeinderat Giorgio Lüthi von einem «zukunfts-trächtigen Modell für Mischnutzungen» und von der Aussicht auf ansehnliche Steuereinnahmen bei geringen Planungskosten für die Gemeinde.

Zu Gast an der vor allem von politisch aktiven Bürgerinnen und Bürgern besuchten Veranstaltung war auch Alois M. Müller. Der Direktor der HGK nannte die Kultur- und Kreativwirtschaft (Design, Film etc.) einen schnell wachsenden Wirtschaftszweig. «Basel aber fehlen solche Kultur-KMU», sagte er weiter. Und: «Wir verstehen uns als treibende Kraft, welche die Entwicklung im gesamten Dreispitz antossen will» – eine Entwicklung,

die in ähnlichen Bahnen verlaufen könnte wie in Zürich West, wohin Ende der 1970er-Jahre erste Ableger der Zürcher Schule für Gestaltung hinge-zogen waren. Auch wolle man das geplante HGK-Hochhaus «bis in den zweiten oder dritten Stock öffnen», um so auch Veranstaltungen wie das Shift-Festival zu beherbergen.

ANBINDUNG. Kritik wurde an der Veranstaltung nicht laut, die wenigen Fragen aus dem Publikum drehten sich um die Erschliessung und die Anbindung an die übrigen Teile der Gemeinde. Eine im siegreichen Projekt (Morger & Dettli, baz vom 14.12.) vorgesehene Passerelle in die Brüglinger Ebene werde nicht prioritär behandelt, sagt Wilhelm Natrup vom Planungsbüro Ernst Basler & Partner. Auch die Nähe von Betrieben, die teils mit Gefahrgut hantieren oder starke Lärmmissionen verursachen, wurde angesprochen – dies dürfte die Dreispitz-Entwicklung teils verzögern.

Gemeinderat Lukas Lauper zeigte den weiteren Fahrplan auf: Vom 13. März bis 2. Mai ist das Mitwirkungsverfahren vorgesehen, eine öffentliche Veranstaltung dazu am 3. April. Über den Quartierplan soll die Gemeindeversammlung am 18. September entscheiden.

Die Siegerprojekte können bis am 8. Februar während der Schalteröffnungszeiten auf der Gemeindeverwaltung besichtigt werden (Mo–Fr: 10–12 Uhr, 14–16 Uhr; Mi: 10–12 Uhr, 14–18.30 Uhr). > www.muenchensteinplant.ch

Der Einwohnerrat muss vermehrt strategisch denken

Reinach. Reform will die Verwaltung transparenter machen

LORENZO VASELLA

In Reinach läuft ein ambitioniertes Projekt: Innert weniger Jahre will der Gemeinderat die Verwaltung reformieren. Der Einwohnerrat steht trotz schlechten Erfahrungen geschlossen hinter der Reform.

Mit Verwaltungsreformen haben die Reinacher bis jetzt schlechte Erfahrungen gemacht. Vor etwa zwölf Jahren startete die Gemeinde ein Projekt zum Thema «New Public Management» (NPM). Die Resultate waren mehr als dürftig, das Projekt war von Abbrüchen und Marschhalten geprägt. Am Ende wurde die Übung ganz abgebrochen. Am Montag diskutierte der Reinacher Einwohnerrat erneut über eine Reform der Verwaltung. Und trotz der einschlägigen Vorgeschichte stiess die gemeinderätliche Vorlage unter dem simplen Titel «Reinacher Reform» im Lokalparlament durchwegs auf Zustimmung.

Denn der Gemeinderat hatte aus dem Scheitern beim NPM-Projekt gelernt. Damals hatte er den Einwohnerrat nicht von Beginn weg an der Reform beteiligt. Entsprechend hoch war der Wider-

stand. Diesmal arbeitete der Gemeinderat ein erstes Konzept in Zusammenarbeit mit Parlamentariern aus. Zudem lud er die Einwohnerräte an eine ausserordentliche Versammlung, um die Reinacher Reform umfassend vorzustellen. Bei der Diskussion im Rat vom Montag lobten alle Fraktionen dieses Vorgehen ausdrücklich.

IM VORAUS PLANEN. Die Reform setzt sich im Wesentlichen drei Ziele. Zum Ersten soll der Zusammenhang zwischen Kosten und Leistung offensichtlicher werden. Damit will man erreichen, dass die Auswirkungen von Kürzungen klar und direkt erkennbar werden. Zum Zweiten will die Reform Möglichkeiten schaffen, über mehrere Jahre im Voraus planen zu können. Und zum Dritten soll der Einwohnerrat vermehrt die Strategie vorgeben und dafür weniger auf das operative Geschäft der Verwaltung Einfluss nehmen können.

Neu soll der Einwohnerrat über strategische Sachpläne beschliessen können. Diese geben die Strategie für die kommenden vier bis fünf Jahre vor. Um die jährliche

Budgetierung vornehmen zu können, wird anhand der Sachpläne jeweils ein Jahresplan erstellt. Dieses Instrument dient auch zur Kontrolle darüber, ob man auf Kurs ist oder nicht. Als drittes Element wird es einen Jahresbericht geben, der über das Geschehene informiert. Die Reform bedingt unter anderem, dass sich der Einwohnerrat neue Kommissionen gibt. Voraussichtlich werden dies eine Planungs-, eine Geschäfts- und Rechnungsprüfungs- sowie drei Sachkommissionen sein.

KONZEPT VERTIEFEN. Der Einwohnerrat steht geschlossen hinter der Reform. Allen Anträgen des Gemeinderats wurde einstimmig zugestimmt. Damit kann das Projekt in die zweite Phase übertreten, in der das Konzept der Reform in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten vertieft wird. Im August wird dann der Einwohnerrat darüber beschliessen, ob das ambitionöse Projekt umgesetzt werden soll. Der Gemeinderat hofft, dass die Verwaltung von Reinach bereits im Jahre 2011 nach dem neuen System wird arbeiten können.

Streit um Mitsprache der Jugend

Pratteln. Geht es um die Jugendarbeit, werden die Betroffenen nur angehört

MICHEL ECKLIN

Der Einwohnerrat verbiss sich zum zweiten Mal in die Frage, ob Jugendliche in der Kommission für Jugendarbeit repräsentiert sein sollen. Am Schluss kam es zu einem Minimalkompromiss.

Im vergangenen Oktober hatte die Linke im Einwohnerrat versucht, in der neuen Kommission für Jugendarbeit eine ständige Vertretung der Jugend durchzusetzen. Das Gremium soll dem Gemeinderat bei allen Fragen rund um die Jugend beratend beistehen. Die Idee der Linken setzte sich damals nicht durch, doch deren Vertreter liessen nicht locker und brachten den gleichen Vorschlag an der Januarsitzung nochmals ein. Wiederum stiessen sie auf den geschlossenen Widerstand der Bürgerlichen. Jugendliche seien in Kommissionen schnell frustriert und beteiligten sich nicht, hiess es etwa seitens der FDP.

ZWANG. Dem entgegnete Kurt Lanz (SP), der Gemeinderat solle trotz dieser bekannten Schwierigkeiten gezwungen sein, geeignete Jugendliche zu finden. Mit dem Baselbieter Bildungsgesetz müssten in den Schulräten zwingend Jugendliche vertreten sein. Vergleichbares müsse auch in Pratteln möglich sein. Genau wie im Herbst wurde der Vorstoss aber deutlich abgelehnt.

Knapper war die Ablehnung des Vorschlags von linker Seite, in der fünfköpfigen Kommission einen zusätzlichen Sitz mit einem Jugendlichen zu besetzen, der nur beratende Stimme haben sollte. Der Freisinnige Stefan Löw verstand nicht, warum die Linke unbedingt Junge in der Kommission haben will. Der Gemeinderat müsse für die Gestaltung seiner Jugendpolitik nicht einen einzigen, angeblich repräsentativen Jugendlichen anhören, sondern sich generell ein Bild der Bedürfnisse der Jugend machen.

ANHÖRUNG. Auch nach über einer Stunde Schlagabtausch mit den Bürgerlichen gaben Sozialdemokraten und Grüne noch nicht auf. Die Anhörung von Jugendlichen solle wenigstens als eine der Aufgaben der Kommission festgeschrieben werden, forderten sie. Der SVP ging auch das zu weit: «Wir leben doch täglich mit den Jugendlichen», meinte Urs Hess. «Wir brauchen keine komischen Paragrafen, um sie anzuhören.» Doch einige bürgerliche Vertreter konnten dem abgeschwächten Vorschlag der Linken etwas abgewinnen – der Minimalkompromiss wurde deutlich angenommen.

Der Zebrastreifen bleibt gefährlich

Binningen. CVP kämpft vergebens für mehr Verkehrssicherheit

ROLF ZENKLUSEN

Die Bottmingerstrasse bei der Haltestelle Bottminger Mühle zu überqueren, sei lebensgefährlich, findet die CVP. Der Kanton weigert sich, die Stelle zu entschärfen. Auch im Einwohnerrat findet die CVP keine Hilfe.

Die CVP Binningen sorgt sich um die Verkehrssicherheit beim Fussgängerstreifen, der bei der Tramhaltestelle Bottminger Mühle über die Bottmingerstrasse führt. «Es kommt immer wieder vor, dass Fahrzeuglenker, die in Richtung Basel fahren, diese Ampel bei Rot überfahren», schreibt die CVP in einem Postulat. Das Rotlicht werde missachtet, weil die Fahrzeuglenker die Ampel zu spät sehen. Von Jahren sei an dieser Stelle ein Schüler tödlich verunfallt. Die Lage könnte entschärft werden, indem alle drei Ampeln der Bottmingerstrasse koordiniert geschaltet würden: Wenn die Ampel an der Gorenmatstrasse auf Rot schaltet, müssten auch die Ampeln an den davor liegenden Kreuzungen rot aufleuchten. Die manuelle Bedienung der Ampeln für die Fussgänger müsste entfernt werden, fordert die CVP.

NICHT GANZ GLÜCKLICH. Gemeindepräsident Charles Simon (SP) antwortete, die Gemeinde habe die Anliegen der CVP dem Kanton unterbreitet, dem die Strasse gehört. Der Kanton schrieb, er habe bereits 2001 die Dauer der Grünzeit erhöht und hoch über der Strasse eine zusätzliche Ampel angebracht. Mit diesem Bescheid sei er nicht ganz glücklich, sagte Simon. «Aber wir müssen es akzeptieren. Seitdem es einen Radar hat, fahren die Autos sehr viel disziplinierter.» Wenn die Gemeinde beim Kanton weiter insistiere, besteht die Gefahr, dass der Fussgängerstreifen abgeschafft werde.

Mit dieser Antwort war Einwohnerrat Lucas Metzger (CVP) nicht zufrieden. An der Kreuzung Hauptstrasse/Curt-Goetz-Strasse sei eine Gleichschaltung der Ampeln auch möglich, warum also nicht an der Bottmingerstrasse, fragte er. «Es ist lebensgefährlich, dort bei Grün über die Strasse zu gehen», sagte Metzger und will das CVP-Postulat stehen lassen.

Grosse Teile der SP und die gesamte Fraktion Grüne/EVP gaben Lucas Metzger recht. Anderer Meinung war Roger Moll (FDP). «Mehr liegt nicht drin», tat er die Meinung seiner Fraktionskollegen kund. Auch die SVP war dieser Ansicht. Das CVP-Postulat wurde schliesslich mit 18 zu 15 Stimmen als erledigt abgeschrieben.